

Rede von Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für Menschen mit Behinderung, auf dem Kongress „inklusiv politisch bilden“ am 22.10.2015

Ich freue mich sehr, dass ich bei Ihnen sein und über das Thema „Politische Teilhabe und Beteiligung von Menschen mit Behinderung“ sprechen darf. Sehr geehrter Herr Hilpert, vielen Dank für die Einladung heute. Ich bin richtig froh, dass die Bundeszentrale für politische Bildung diese Veranstaltung macht. Und ich habe gehört, dass Sie von vielen Anwesenden hier, von den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, Teilnehmerinnen und Teilnehmern schon gehört haben, dass Sie genau diese Veranstaltung zu einer Institution werden lassen. Das ist doch mein ganz klarer Wunsch, dass das Thema „Politische Teilhabe und Beteiligung für Menschen mit Behinderung“ ein wichtiges ist.

In der Politik für Menschen mit Behinderung geht es darum, dass jeder und jede sich einbringen kann und auch sich einbringen soll - egal, ob jemand eine Behinderung hat oder nicht. Jeder von uns weiß am besten selbst, welche Bedürfnisse er oder sie hat. Wir alle wollen diese Bedürfnisse formulieren. Politik für Menschen mit Behinderung heißt also, dass alle Themenfelder gemeinsam besprochen werden – damit Dinge sich verändern und entwickeln können. Egal, ob es um Arbeit, Freizeit oder die Wahl des Wohnortes geht: Menschen mit Behinderung wollen selbst entscheiden, wollen selbst ihre Ideen einbringen und sich auch für andere engagieren. Und auch das ist für mich ein wichtiges Thema.

Menschen mit und ohne Behinderung können politisch aktiv sein, können selbst Politiker sein. Was machen eigentlich Politiker den ganzen Tag? Vielleicht hat sich das der Eine oder die Andere von Ihnen gefragt. Politiker kümmern sich beispielsweise darum, dass es Gesetze gibt. Und diese Gesetze verbessern beispielsweise die Möglichkeiten der Teilhabe von allen Menschen. Deutschland hat vor einigen Jahren, im Jahr 2009, eine wichtige Konvention unterschrieben – einen Vertrag zwischen Völkern, könnte man sagen. Und das ist die UN-Behindertenrechtskonvention.

Die UN-Behindertenrechtskonvention sagt, dass die gleichen Rechte von Menschen mit und ohne Behinderung überall umgesetzt und durchgesetzt werden müssen und sollen. In der UN-Behindertenrechtskonvention, diesem Vertrag, steht, dass auch Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wo sie wohnen, lernen, wo sie arbeiten, wann, mit wem und wie sie ihre Freizeit verbringen, oder auch, dass sie sich selbst engagieren und dafür Unterstützung bekommen.

Heute entscheiden dies oft andere Personen – und das müssten wir dringend ändern. Ich setze mich mit anderen Politikerinnen und Politikern dafür ein, dass alle Menschen mit Behinderung Unterstützung bekommen beim Treffen ihrer Entscheidungen, dass aber nicht Andere diese Entscheidungen treffen.

Mit Sicherheit benötigen alle von uns manchmal jemanden, mit dem wir Dinge besprechen können, der uns Dinge erklärt. Aber auch da können wir uns sicher sein: Auch Menschen, die keine offensichtlichen Behinderung haben, brauchen oft jemanden, der ihm die Politik erklärt. Wichtig ist mir und vielen anderen Politikerinnen und Politikern, dass Menschen mit

Behinderung gute Beratung bekommen – eine Beratung, die alle Möglichkeiten der Teilhabe aufzeigt und die beispielsweise auch die Möglichkeit aufzeigt, sich selbst zu engagieren. In der Politik geht es oft darum, zu besprechen: An welchen Stellen kann sich etwas ändern? Und wir müssen aber auch besprechen: Wie sollen sich Dinge ändern?

Und dafür sollten vor allem die Betroffenen selbst in jedem Abschnitt des Prozesses mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen und ihren Beispielen einbezogen sein.

Menschen, die beispielsweise Schwierigkeiten beim Lernen haben oder die beispielsweise eine Sprachbehinderung haben, brauchen Unterstützung in der Kommunikation oder im Schreiben. Es ist wichtig, dass Menschen mit Behinderung die Möglichkeit bekommen, zu sagen, zu schreiben, zu gebärden, mitzuteilen, wo ihre dringendsten Änderungswünsche liegen und wie diese Änderungswünsche umgesetzt werden können – denn Kreativität, Einfallsreichtum und Lösungsansätze kommen oft von den Betroffenen selbst. Es heißt in der UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 4 -ich hab's ein bisschen jetzt umformuliert-: „Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und Prozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderung betreffen, müssen sie selbst und ihre Selbstvertretungsorganisationen mit einbezogen sein.“

Im Moment nehmen noch nicht so viele Menschen mit Behinderung aktiv am politischen Leben teil, wie ich mir das wünschen würde. Es gibt ca. 11 Mio. Menschen mit Behinderung in Deutschland und gemessen an der Zahl gibt es ganz schön wenige aktive Politiker in Bundes-, Landes- oder Stadtparlamenten. Und das sollten wir dringend ändern.

Die Möglichkeiten der politischen Teilhabe und Beteiligung zu nutzen heißt beispielsweise auch, dass Menschen mit Behinderung für ehrenamtliches Engagement, für ehrenamtliche Arbeit Unterstützung bekommen – dass also, wenn sich jemand beispielsweise in einem Ortsverband, Ortsverein, einer Partei engagieren möchte, in einer Selbstvertretungsorganisation, in einer Gruppe – beispielsweise, wir sind hier im Umweltforum, in einer Umweltaktivistengruppe – in anderen Institutionen und Organisationen müssen Assistentinnen und Assistenten da sein, die Menschen mit Behinderung begleiten: auf Fortbildungen, auf Sitzungen oder auf Vorträge oder in Besprechungen. Assistenten, die ermöglichen, dass beispielsweise Texte erklärt werden, dass die Kommunikation unterstützt wird oder auch, dass Menschen mit Behinderung mobil sind und an die Orte des politischen Geschehens kommen.

Es gibt ein englisches Wort, und dieses Wort ist *empowerment*. Es heißt „ermächtigen“, es heißt, dass wir stark werden, dass wir befähigt werden und Dinge lernen. *Empowerment* bedeutet also, dass Menschen mit Behinderung Kurse machen können, in denen sie lernen, wie sie ihre politische Beteiligung und Teilhabe einfordern und umsetzen. Menschen zu befähigen heißt beispielsweise, sie politisch zu bilden. Genau das, was auch der Grund ist, warum es die Bundeszentrale für politische Bildung gibt. Und deswegen ist es auch so passend, dass heute diese Veranstaltung von der Bundeszentrale für politische Bildung ausgerichtet wird.

Menschen mit Behinderung haben viele Ressourcen, und diese Ressourcen sollten wir dringend nutzen. Denn Menschen mit Behinderung und ihre Organisationen müssen unbedingt bei der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit mit ihren Erfahrungen gehört werden und müssen diese selbst einbringen können. „Nichts über uns ohne uns“ – auch das ist ein Leitsatz der UN-Behindertenkonvention, der für uns und die Politik auch von uns als Beauftragten der Bundesregierung aus Bund und Ländern einer der wichtigsten ist.

Politik zu machen mit Menschen und für Menschen – das ist einer der Grundsätze, an dem wir uns orientieren. Es gibt beispielsweise zur Umsetzung der UN-

Behindertenrechtskonvention in meinem Büro den sogenannten Inklusionsbeirat. Und in diesem Beirat sind Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung zusammen und besprechen, was wir tun können, was Verbände tun können, Selbstvertretungsorganisationen tun können, damit die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in den nächsten Jahren immer mehr und in allen Bereichen umgesetzt wird.

Es heißt in der UN-Behindertenkonvention, dass Menschen mit Behinderung selbstverständlich an allen Lebensbereichen teilhaben können und sollen, dass es keine Barrieren in der Teilhabe geben darf. Deswegen finde ich auch wichtig, dass wir beispielsweise Wahlkampfprogramme in Leichter Sprache haben, dass jede und jeder verstehen kann, worum es beispielsweise den Parteien und Politikern geht.

Informationen in Leichter Sprache – und auch das ist das Wesen der Inklusion – helfen aber nicht nur Menschen mit Lernschwierigkeiten, sondern beispielsweise auch Menschen mit Migrationshintergrund, die neu in Deutschland sind. Teilhabe am politischen Leben heißt daher also, dass wir Bedingungen für alle Menschen schaffen, die ihnen ermöglichen, ihre Stimme zu erheben für politische Gerechtigkeit und für ein politisches Miteinander in Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie alle sind heute hier, um sich zu informieren, um zu diskutieren und um weiterzudenken. Ich spreche mich nach wie vor dafür aus, dass für Menschen mit Behinderung die politische Teilhabe passiv und aktiv möglich ist. Das beinhaltet zum Beispiel auch, dass wir in Deutschland immer noch Menschen haben, die aufgrund einer Betreuung in allen Angelegenheiten aus Wahlen ausgeschlossen sind. Und vielleicht diskutieren Sie auch das in dem einen oder dem anderen Workshop oder in einer Gruppe.

Wahlrechtsausschlüsse – das ist für mich eine der undemokratischsten Einrichtungen, die wir in Deutschland haben. Jeder Mensch in Deutschland hat das Recht, eine Stimme abzugeben, eine Stimme bei einer Wahl abzugeben, für eine Politikerin oder einen Politiker, die er oder sie möchte, hinter der er oder sie stehen kann. Und das müssen wir Menschen ermöglichen. Es ist nicht der richtige rechtliche Weg, Menschen auszuschließen, sondern sie einzubeziehen, richtige Informationen zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass bei den nächsten Bundestagswahlen 2017 alle Menschen ihre Möglichkeiten der Teilhabe an Wahlen auch wahrnehmen können.

Menschen, die zur Wahl gehen können und dürfen, machen es oft nicht. Und auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, finde ich schade. Und vielleicht ist es ja auch eine der wirklich schönen Punkte von Inklusion, dass wir beispielsweise durch Wahlprogramme in Leichter Sprache, durch mehr Informationen, die leicht verständlich sind, auch mehr andere Menschen wieder zur Wahl bekommen. Jüngere und ältere Menschen, die in den letzten Jahren gesagt haben: „Wir wissen eigentlich gar nicht mehr, was in der Politik passiert.“ Inklusion ist also eine Chance für alle, und diese Chance zusammen zu nutzen und Politik zusammen lebendig gestalten, finde ich, ist eine schöne Aufgabe für die Zukunft. Dankeschön.